

23.08.2018

Drucksache 125/18

Jahresbericht 2017 der Pflege- und Wohnberatung im Kreis Unna

Gremium	Sitzungsdatum	Beschlussstatus	Beratungsstatus
Ausschuss für Soziales, Familie und Gleichstellung	13.09.2018	Kenntnisnahme	öffentlich

Organisationseinheit	Arbeit und Soziales
Berichterstattung	Dezernent Torsten Göpfert

Budget	50	Arbeit und Soziales
Produktgruppe	50.01	Grundsatzangelegenheiten und Soziale Sicherung
Produkt	50.01.09	Pflege- und Wohnberatung

Haushaltsjahr	Ertrag/Einzahlung [€]
	Aufwand/Auszahlung [€]

Sachbericht

20 Jahre sind ins Land gegangen, seitdem die Pflegeberatung, Wohnberatung und Psychosoziale Begleitung flächendeckend von verschiedenen Trägern im Kreisgebiet vorgehalten werden. Alle drei Beratungsangebote sind seit Beginn darauf ausgerichtet, die Selbstständigkeit zu erhalten, die häusliche Pflege zu stärken, pflegende Angehörige zu entlasten und dadurch einen Umzug in ein Pflegeheim hinauszuzögern bzw. zu vermeiden. Die Beratung ist für Ratsuchende kostenlos und erfolgt anbieter- und kostenträgerunabhängig. Derzeit sind insgesamt 13 Mitarbeitende auf 7,5 Stellen, davon 1,5 gefördert durch die Pflegekassen und 6 getragen durch den Kreis Unna, in der Pflege- und Wohnberatung tätig.

Die zum Jahresanfang 2017 in Kraft getretenen novellierten beratungsrelevanten Gesetze, Richtlinien und Verordnungen wie z.B. die Pflegeversicherung, die Begutachtungsrichtlinien, die Krankenversicherung, das Sozialhilferecht, das Bundesteilhabegesetz, die Wohnungsbauförderung, prägten die Entwicklung der Beratungsarbeit im Jahresverlauf.

Die Pflegeberatung führte insgesamt 1.787 Gespräche, in denen hilfe- bzw. pflegebedürftige Menschen oder deren Bezugspersonen individuell beraten wurden. Damit zeigt sich, dass die Beratungsnachfrage im Vergleich zu den Vorjahren noch einmal deutlich angestiegen ist. Mehrheitlich handelte sich um hochaltrige Menschen; etwa 82 % der Pflegebedürftigen waren älter als 70 Jahre, knapp 58 % der Pflegebedürftigen waren älter als 80 Jahre und etwa 12 % waren sogar älter als 90 Jahre. Wie in den Vorjahren zeigen die Daten, die zum Pflegebedarf vorliegen, dass die Pflegeberatung relativ früh in Anspruch genommen wird. Etwa jedes zehnte Beratungsgespräch wurde mit Menschen geführt, die selbstständig leben und noch keine Hilfen benötigten. Ein Drittel der Beratungskontakte (32,3 %) erfolgte bereits bevor ein Erstantrag auf Leistungen der Pflegeversicherung gestellt wurde.

„Ambulant vor Stationär“ ist ein vorrangiges Ziel in der Pflegeberatung, daher sind Informationen zur Pflegeinfrastruktur ein wichtiger Beratungsbestandteil, um im jeweiligen Einzelfall die passgenauen Angebote zu finden. In jedem vierten Beratungsgespräch (26,5%) wurden Informationen, z.B. über Hausnotruf, häusliche Betreuungsdienste, Haushaltshilfen, Pflegedienste, Tages- und Kurzzeitpflege-Einrichtungen gegeben. Die Analyse der nachgefragten Inhalte im Bereich der ambulanten, teil- und vollstationären Pflege zeigt, dass Fragen zur stationären Pflege mit 9,5 % eine eher untergeordnete Rolle in der Beratung spielten. Der Informationsbedarf zu Angeboten von ambulanter Pflege und Betreuung stand, wie in den Vorjahren, mit 37,5 % an erster Stelle. In rund jedem 2. Beratungsgespräch war das Krankheitsbild Demenz und der Umgang mit der Erkrankung ein Thema. Zusammenfassend zeigt sich, dass die Beratungskräfte aktiv über ambulante Hilfen informieren und die Pflegeberatung damit ihrem Auftrag, Ratsuchenden das Leben zu Hause weiter zu ermöglichen und Heimeinzüge zu verzögern bzw. vermeiden, gerecht wird.

Die drei Wohnberatungsstellen verzeichneten 3.423 Gesamtkontakte. Diese beinhalten 931 Erst- und 2.492 Folgekontakte. Bei der Betrachtung der abgeschlossenen Wohnungsanpassungsmaßnahmen ist im Vergleich mit den Vorjahren zu beachten, dass sich die landesweite Auswertungssystematik geändert hat und die Arbeit der Wohnberatung nun vollständig abbildet. Werden nur die bisher gezählten Umbauten und die erfolgten Umzüge betrachtet, liegen die 342 abgeschlossenen Maßnahmen im Durchschnitt der Vorjahre. Unter Berücksichtigung der vollständigen Auswertungskriterien konnten im Berichtsjahr, neben 40 im Vorjahr begonnenen Anpassungsmaßnahmen, im laufenden Jahr 860 Beratungen abgeschlossen werden, so dass sich eine Gesamtzahl von 900 abgeschlossenen Wohnungsanpassungsmaßnahmen ergibt. Weitere 87 wurden begonnen und müssen in 2018 weiterbearbeitet werden.

Inhaltlich wurde in jedem 2. Fall ein refinanziertes Hilfsmittel eingesetzt und in jedem 4. Fall eine bauliche oder sonstige Maßnahme durchgeführt. Bei 104 Ratsuchenden stand die Wohnungssuche oder Umzugsorganisation im Vordergrund. Ausstattungsveränderungen wurden in 181 Haushalten durchgeführt. In jedem 16. Haushalt wurde eine Wohnungsreorganisation durchgeführt, wie z.B. die Umnutzung von

Räumen. Betrachtet man die Wirkung der abgeschlossenen Anpassungsmaßnahmen konnte, unter Berücksichtigung von Mehrfachnennungen, bei 388 Ratsuchenden die Selbstständigkeit verbessert, bei 412 Unfallrisiken beseitigt, bei 155 der Pflegebedarf reduziert und bei 304 die Überforderung von Pflegepersonen verhindert werden. Darüber hinaus wurde bei 382 Personen der Verbleib in der eigenen Wohnung weiter sichergestellt, bei 49 der Einzug in ein Pflegeheim verhindert und bei 3 Personen ein Heimauszug ermöglicht.

Die Psychosoziale Begleitung hatte kreisweit 2.261 Gesamtkontakte. Diese beinhalten 638 Erst- und 1.623 Folgekontakte. Im Vergleich mit den Vorjahren lässt sich feststellen, dass sich die Anzahl der Folgekontakte zwischen 2015 und 2017 mehr als verdoppelt hat. Mehr als jeder dritte Kontakt (2015: jeder 4.) der Psychosozialen Begleitung im Berichtszeitraum war ein persönliches Gespräch beim Hausbesuch, im Büro, in den Außensprechstunden oder im Rahmen von Aktionen. Daneben wurden 1.348 Telefongespräche geführt und 118 Briefe oder Emails geschrieben bzw. empfangen. Inhaltlich standen mit 2.629 Nennungen psychosoziale Aspekte, Fragen der Selbsthilfe und der Einbindung des Ehrenamts im Vordergrund. Damit verdrängten diese erstmalig die vorpflegerischen ambulanten Hilfen mit 2.297 Einträgen auf Platz 2. Auch die Beratung zu Krankheitsbildern nahm mit 2.029 Gesprächen einen großen Raum ein: hierbei handelte es sich 863 mal um körperliche Erkrankungen, 415 mal um Fragen zur Demenz, 345 mal um geistige Behinderungen, 54 mal um psychische Erkrankungen und 47 mal um Suchterkrankungen. An vierter Stelle dominierten rechtliche und finanzielle Fragestellungen mit 1.841 Angaben. Hieraus erfolgten 1.650 Beratungsgespräche zu Anträgen bzw. konkrete Antragshilfen. Darüber hinaus fand die aktuelle Pflege- bzw. Überforderungssituation 1.202-mal Eingang in die Beratung. Bei Betrachtung der soziodemographischen Daten der Ratsuchenden zeigt sich, dass die Psychosoziale Begleitung insbesondere von alleinlebenden Frauen, die keine ausreichende Unterstützung durch Dritte erhalten, in Anspruch genommen wird. Dies erfolgt in den meisten Fällen so frühzeitig, dass noch kein fortgeschrittener Pflegebedarf besteht und die notwendigen ambulanten Hilfen mit professioneller Begleitung rechtzeitig implementiert werden können. Damit zeigt sich, dass die Psychosoziale Begleitung ihrem Auftrag gerecht wird und eine wichtige Ergänzung zur Pflege- und Wohnberatung darstellt.

Neben der individuellen Beratungsarbeit engagierten sich die zuständigen Fachkräfte aktiv in den regionalen Demenznetzwerken in Lünen, Kamen, Bergkamen, Fröndenberg und Unna sowie in weiteren lokalen Arbeitskreisen. Wie üblich hat die Pflegeberatung in ihrer Care-Management-Funktion einen Großteil der kreisweiten Vernetzungsarbeit im Rahmen der PSAG's übernommen. Über die 7.669 Beratungskontakte hinaus konnten die Beratungskräfte in 2017 weitere 1.661 Personen durch 47 Vorträge und 25 Informationsständen erreichen, so dass sich eine Gesamtzahl von 9.330 Nutzerinnen und Nutzern ergibt. Der im Rahmen des 20-jährigen Jubiläums erfolgte Rückblick auf die langjährige erfolgreiche Arbeit und die Entwicklung des Beratungssystems gaben allen Grund zufrieden zu sein. Seit der Gründung des Beratungssystems in 1997 bzw. 2002 haben, unberücksichtigt der Öffentlichkeitsarbeit und der sonstigen Maßnahmen, insgesamt 64.144 Bürgerinnen und Bürger aus dem Kreis Unna die drei Beratungsangebote in Anspruch genommen.

Anlagen

1. Jahresbericht 2017
2. Kurzfassung: Jahresbericht 2017 im Überblick